

Synopse

**2020.nwjsd.4 PolG (KBM, GELZ und AFV) Teilrevision**

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (NG Nummern)

Neu: –  
 Geändert: 211.2 | 711.1 | **911.1**  
 Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<b>Gesetz über das Polizeiwesen (Polizeigesetz, PolG)</b>
	<i>Der Landrat von Nidwalden,</i>  gestützt auf Art. 60 Abs. 1 der Kantonsverfassung,  <i>beschliesst:</i>
	<b>I.</b>
	Der Erlass NG <a href="#">911.1</a> (Gesetz über das Polizeiwesen (Polizeigesetz, PolG) vom 11. Juni 2014) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:
<b>Gesetz über das Polizeiwesen (Polizeigesetz, PolG)</b>	
vom 11. Juni 2014	
<i>Der Landrat von Nidwalden,</i>	
gestützt auf Art. 60 der Kantonsverfassung,	gestützt auf Art. 60 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
<i>beschliesst:</i>	
<b>Art. 3</b> 2. Polizei	

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Antrag an Landrat (20. August 2024)</b>
<p><sup>1</sup> Die Polizei ist ein Amt der zuständigen Direktion.</p> <p><sup>2</sup> Sie wird von der Kommandantin oder vom Kommandanten geführt.</p> <p><sup>3</sup> Sie hat folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung;</li><li>2. Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt;</li><li>3. Beseitigung eingetretener Störungen;</li><li>4. Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und Mitwirkung bei der Strafuntersuchung;</li><li>5. Amts- und Vollzugshilfe für Verwaltung und Justiz;</li><li>6. Betrieb der kantonalen Alarmstelle sowie Hilfeleistung bei Not und im Katastrophenfall;</li><li>7. Wahrnehmung der Aufgaben der Bewilligungsbehörde im Sinne des Konkordates über private Sicherheitsdienstleistungen[NG 911.2];</li><li>8. Erfüllung der weiteren ihr durch die Gesetzgebung übertragenen Aufgaben.</li></ol> <p><sup>4</sup> Sie ist die für die Fälle häuslicher Gewalt zuständige kantonale Stelle gemäss Art. 55a Abs. 2 StGB[SR 311.0].</p>	<p><i>7. Aufgehoben.</i></p> <p>7a. Ergreifung von beratenden und präventiven Schutzmassnahmen im Rahmen des Bedrohungsmanagements;</p>
	<b>3.3a Bedrohungsmanagement</b>
	<p><b>Art. 30a</b> Erkennung, Einschätzung</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei ergreift zur frühzeitigen Erkennung und Einschätzung von Gefährdungssituationen sowie zur Verhinderung von möglichen Straftaten die notwendigen präventiven und beratenden Massnahmen.</p>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<p><sup>2</sup> Sie kann ein Fallmonitoring betreiben.</p> <p><sup>3</sup> Fehlen hinreichende Anzeichen für eine Gefährdungssituation, löscht die Polizei die erhobenen Personendaten unverzüglich.</p> <p><sup>4</sup> Der Regierungsrat ernannt eine Fachgruppe als beratendes Organ. Die Mitglieder der Fachgruppe können besonders schützenswerte Daten und Persönlichkeitsprofile bearbeiten und untereinander austauschen.</p>
	<p><b>Art. 30b</b> Melderecht, Auskunftsrecht</p> <p><sup>1</sup> Bei Anzeichen von Gefährdungssituationen sind gegenüber der Polizei zur Meldung berechtigt:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. bei Gerichtsbehörden die Präsidentinnen oder Präsidenten und deren Stellvertretungen;</li><li>2. bei kantonalen Behörden und Amtsstellen die Vorsteherinnen oder Vorsteher der Direktionen und Ämter sowie deren Stellvertretungen;</li><li>3. bei öffentlich-rechtlichen Anstalten die Direktorin oder der Direktor sowie deren Stellvertretungen;</li><li>4. bei Gemeindebehörden die Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber und die Schulleiterinnen und Schulleiter sowie deren Stellvertretungen;</li><li>5. Gesundheitsfachpersonen gemäss Gesundheitsgesetz;</li><li>6. leitende Organe von Organisationen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen.</li></ol> <p><sup>2</sup> Meldeberechtigte Personen müssen gegenüber der Polizei auf Anfrage Auskunft über gefährdende Personen erteilen.</p> <p><sup>3</sup> Für die Meldung und die Auskünfte sind die kommunalen und kantonalen Angestellten und Behördenmitglieder vom Amtsgeheimnis und die Gesundheitsfachpersonen vom Berufsgeheimnis entbunden.</p>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<p><sup>4</sup> Die Polizei kann im sozialen Umfeld der gefährdenden Person um Auskunft er-suchen. Die Personen aus dem sozialen Umfeld sind gegenüber der Polizei nicht zur Auskunft verpflichtet.</p>
	<p><b>Art. 30c</b> Massnahmen 1. Präventivansprache</p> <p><sup>1</sup> Liegen Anzeichen für eine Gefährdungssituation vor, kann die Polizei die ge-fährdende Person ansprechen und sie auf allfällige Straffolgen hinweisen.</p> <p><sup>2</sup> Die Präventivansprache kann entweder direkt, auf Vorladung hin oder schriftlich erfolgen.</p>
	<p><b>Art. 30d</b> 2. Auflagen</p> <p><sup>1</sup> Liegen Anzeichen für eine Gefährdungssituation vor, kann die Polizei die ge-fährdende Person verpflichten:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. sich für eine bestimmte Dauer zu bestimmten Zeiten und bei einer bestimmten Behörde oder Amtsstelle zu melden;</li><li>2. an Beratungsangeboten teilzunehmen.</li></ol> <p><sup>2</sup> Die Auflage ist auf sechs Monate begrenzt. Sie kann wiederholt angeordnet werden.</p>
	<p><b>Art. 30e</b> 3. weitere Massnahmen</p> <p><sup>1</sup> Sind von der Gefährdungssituation Dritte betroffen, kann die Polizei diese infor-mieren.</p> <p><sup>2</sup> Betrifft die Gefährdungssituation den Arbeitsplatz und können Personen an der Arbeitsstelle gefährdet sein, erfolgt die Information gegenüber der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber der gefährdenden Person.</p>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<p><sup>3</sup> Die Polizei kann betroffenen Personen oder Organisationen eine visuelle Aufnahme der gefährdenden Person zur Verfügung stellen. Sie kann zu diesem Zweck auf vorhandene Daten zurückgreifen.</p> <p><sup>4</sup> Die Polizei hat die Persönlichkeitsrechte der gefährdenden Person und von Dritten soweit möglich zu wahren.</p>
<p><b>Art. 31</b> Wegweisung, Fernhaltung</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann eine Person von einem öffentlichen Ort wegweisen oder für längstens 24 Stunden fernhalten, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Person oder eine Ansammlung von Personen, der sie angehört, die öffentliche Sicherheit und Ordnung stört oder gefährdet;</li><li>2. die Person oder eine Ansammlung von Personen, der sie angehört, Dritte erheblich belästigt, gefährdet oder unberechtigterweise an der bestimmungsgemässen Nutzung des öffentlich zugänglichen Raumes hindert;</li><li>3. Einsatzkräfte wie Polizei, Feuerwehr oder Rettungskräfte behindert oder gefährdet werden;</li><li>4. die Person selber ernsthaft und unmittelbar gefährdet ist; oder</li><li>5. die Wahrung der Rechte von Personen dies erfordert.</li></ol> <p><sup>2</sup> In besonderen Fällen, insbesondere bei Ausführungs-, Fortsetzungs- oder Wiederholungsgefahr der Gefährdung oder Störung, kann die Polizei das Verbot unter Androhung der Straffolgen von Art. 292 Strafgesetzbuch (StGB)[SR 311.0] für höchstens 14 Tage verfügen.</p>	<p><sup>2</sup> In besonderen Fällen, insbesondere bei Ausführungs-, Fortsetzungs- oder Wiederholungsgefahr, kann die Polizei das Verbot für höchstens 14 Tage verfügen.</p>
	<p><b>Art. 31a</b> Häusliche Gewalt, Stalking 1. Massnahmen</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann gegen eine Person ein Rayon-, Annäherungs- und Kontaktverbot aussprechen, wenn:</p>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<p>1. die Person eine andere Person innerhalb einer bestehenden oder aufgelösten familiären oder partnerschaftlichen Beziehung ernsthaft gefährdet oder mit einer ernsthaften Gefährdung droht; oder</p> <p>2. die Person eine andere Person direkt, über Dritte oder unter Verwendung von Kommunikationsmitteln wiederholt bedroht, belästigt, verfolgt, ihr auflauert oder nachstellt.</p> <p><sup>2</sup> Die Polizei kann dieser Person insbesondere verbieten:</p> <p>1. sich an bestimmten, eng umgrenzten Orten, namentlich bestimmten Strassen, Plätzen oder Quartieren, aufzuhalten;</p> <p>2. sich einer bestimmten oder dieser nahestehenden Person anzunähern;</p> <p>3. mit einer bestimmten oder dieser nahestehenden Person in irgendeiner Form Kontakt aufzunehmen oder sie in anderer Weise zu belästigen.</p> <p><sup>3</sup> Massnahmen nach dem Gesetz zum Schutz der Persönlichkeit (Persönlichkeitsschutzgesetz, PSchG)[NG 211.2] bleiben vorbehalten.</p>
	<p><b>Art. 31b</b> 2. Verfahren und Rechtsschutz</p> <p><sup>1</sup> Die Anordnung erfolgt schriftlich und gilt höchstens 14 Tage ab Mitteilung.</p> <p><sup>2</sup> Die Polizei informiert die involvierten Personen über die Möglichkeiten der gerichtlichen Überprüfung und die Verlängerung des Verbots durch das Zivilgericht.</p> <p><sup>3</sup> Für die Aushändigung der Anordnung und die Zustellung an das Kantonsgericht, die gerichtliche Beurteilung, die Verlängerung des Verbots, das Verhältnis zu anderen Massnahmen sowie die Kosten im Gerichtsverfahren sind Art. 9 Abs. 3–4, Art. 10–12 sowie Art. 14 und Art. 20 PSchG[NG 211.2] sinngemäss anwendbar.</p>
	<p><b>Art. 45a</b> Erfassung von Kontrollschildern 1. Zweck</p>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<p><sup>1</sup> Die Polizei kann zur Fahndung nach Personen und Sachen sowie zur Verhinderung, Entdeckung und Verfolgung von Verbrechen und Vergehen Kontrollschilder von Fahrzeugen automatisiert erfassen und diese mit Datensammlungen abgleichen.</p>
	<p><b>Art. 45b</b> 2. Standorte, Dauer</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei erfasst die Kontrollschilder mittels stationären Geräten. Sie informiert die Bevölkerung über die Standorte.</p> <p><sup>2</sup> Sie kann semi-stationäre und mobile Erfassungsgeräte je Einsatz während höchstens 30 Tagen betreiben.</p> <p><sup>3</sup> Der Regierungsrat regelt in einer Verordnung die Zuständigkeit zur Anordnung des Einsatzes von Erfassungsgeräten.</p>
	<p><b>Art. 45c</b> 3. automatisierter Abgleich</p> <p><sup>1</sup> Ein automatisierter Abgleich der erfassten Daten ist zulässig mit:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. dem Polizeifahndungssystem (RIPOL);</li><li>2. durch die Polizei erstellten Listen von Kontrollschildern von Fahrzeugen, deren Halterinnen und Halter beziehungsweise Lenkerinnen und Lenker:<ol style="list-style-type: none"><li>a) der Führerausweis entzogen oder verweigert worden ist;</li><li>b) eine Eingrenzung oder ein Orts-, Kontakt- oder Rayonverbot auferlegt worden ist;</li></ol></li><li>3. durch die Polizei erstellten Fahndungsaufträgen im Zusammenhang mit Vergehen und Verbrechen;</li><li>4. durch die Polizei erstellten Listen im Zusammenhang mit Massnahmen gemäss dem eidgenössischen Nachrichtendienstgesetz[SR 121] zur Abwendung einer erheblichen Gefährdung.</li></ol>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<p><sup>2</sup> Die Polizei sorgt dafür, dass die Listen und Fahndungsaufträge gemäss Ziff. 2-4 korrekt, aktuell und vor dem Zugriff unbefugter Personen geschützt sind.</p>
	<p><b>Art. 45d</b> 4. nachträglicher Zugriff</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei darf auf die automatisiert erfassten Daten gemäss Art. 45a nachträglich während 100 Tagen im Einzelfall auf Anordnung zugreifen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. wenn konkrete Anhaltspunkte bestehen, dass dies für die Ermittlung von Verbrechen und Vergehen geeignet und erforderlich ist;</li><li>2. zur Auffindung vermisster Personen; oder</li><li>3. bei Gefahren für die innere Sicherheit gemäss dem eidgenössischen Nachrichtendienstgesetz[SR 121].</li></ol> <p><sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt in einer Verordnung die Zuständigkeit für die Anordnung.</p>
	<p><b>Art. 45e</b> 5. Dokumentierung, Berichterstattung</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei dokumentiert die Einsätze der Erfassungsgeräte und die Zugriffe auf die erfassten Daten.</p> <p><sup>2</sup> Sie erstattet der Direktion jährlich Bericht.</p>
	<p><b>Art. 45f</b> 6. Vernichtung der Daten</p> <p><sup>1</sup> Die Vernichtung der Daten erfolgt:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. bei fehlender Übereinstimmung mit einer Datensammlung gemäss Art. 45c spätestens nach 100 Tagen;</li></ol>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	2. bei Übereinstimmung mit einer Datensammlung gemäss Art. 45c oder einem nachträglichen Zugriff gemäss Art. 45d spätestens ein Jahr nach der Erfassung, sofern sie nicht zu Beweis Zwecken in Straf- oder Verwaltungsverfahren dienen.
<p><b>Art. 49</b> Verdeckte Registrierung</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit Personen und Fahrzeuge gemäss Art. 36 ff. des EU-Beschlusses über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)[Beschluss 2007/533/JI vom 12. Juni 2007, Amtsblatt der EU Nr. L 205/63 vom 7.8.2007] verdeckt registrieren lassen.</p>	<p><b>Art. 49</b> Verdeckte Registrierung, gezielte Kontrolle</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit Personen und Fahrzeuge gemäss Art. 36 ff. des EU-Beschlusses über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)[Beschluss 2007/533/ vom 12. Juni 2007, Amtsblatt der EU Nr. L 205/63 vom 7. August 2007] zum Zweck der verdeckten Registrierung oder der gezielten Kontrolle ausschreiben.</p>
<p><b>Art. 57</b> Datenbeschaffung und -bearbeitung, Datenbearbeitungssysteme</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Daten beschaffen, bearbeiten sowie geeignete Datenbearbeitungssysteme aufbauen und betreiben;</li><li>2. besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile bearbeiten, soweit es zur Verhinderung und Erkennung von Verbrechen und Vergehen unentbehrlich ist;</li><li>3. nicht verifizierte Daten und Daten über Anhaltspunkte bearbeiten; oder</li><li>4. betroffenen Personen die Einsichtnahme in Daten verweigern, soweit dies für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist.</li></ol>	<p>2a. im Rahmen des Bedrohungsmanagements besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile bearbeiten und beschaffen;</p>
<p><b>Art. 59</b> Datenaustausch im Abrufverfahren</p>	<p><b>Art. 59</b> Datenaustausch im Abrufverfahren 1. Allgemein</p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Antrag an Landrat (20. August 2024)</b>
<p><sup>1</sup> Die Weitergabe von Personendaten an ein Drittsystem für ein Abrufverfahren unterliegt folgenden Voraussetzungen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. der Zugriff auf das Drittsystem ist den Strafverfolgungsbehörden vorbehalten;</li><li>2. das Drittsystem gewährleistet den Datenschutz;</li><li>3. die Einwilligung eines allfälligen Opfers zur Erfassung seiner Personalien liegt vor; und</li><li>4. die Weitergabe der Daten wird protokolliert.</li></ol>	<p>3. <i>Aufgehoben.</i></p> <p>4. die Weitergabe der Daten und der Zugriff auf die Daten werden protokolliert.</p> <p><sup>2</sup> Für die Weitergabe und den Abruf der Daten können Schnittstellen eingerichtet werden.</p>
	<p><b>Art. 59a</b> 2. Betrieb von Analysesystemen im Bereich der seriellen Kriminalität</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann zur Verhinderung und Aufklärung von seriellen Verbrechen und Vergehen Analysesysteme betreiben oder sich an solchen Systemen beteiligen.</p> <p><sup>2</sup> Sie kann die dafür notwendigen Daten, einschliesslich die besonders schützenswerten Personendaten, automatisiert auswerten und sie mit Polizeien des Bundes, anderer Kantone oder Gemeinden im Abrufverfahren austauschen.</p> <p><sup>3</sup> Die Polizei bearbeitet in den Analysesystemen ausschliesslich Personendaten, welche von Polizeien des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, von Zollbehörden des Bundes oder der Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein erhoben und weitergeleitet wurden.</p> <p><sup>4</sup> Die Vernichtung der in den Analysesystemen erfassten und darin erzeugten Personendaten erfolgt:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. umgehend, sobald sie für die Bearbeitung nicht mehr benötigt werden;</li><li>2. spätestens fünf Jahre nach der Erhebung.</li></ol> <p><sup>5</sup> Anonymisierte Erzeugnisse der Analysesysteme dürfen unbefristet verwendet werden.</p>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
	<p><b>Art. 59b</b> 3. Betrieb einer gemeinsamen Einsatzleitzentrale</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann mit anderen Kantonen zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Einsatzleitzentrale zu betreiben oder die kantonalen Einsatzleitzentralen auf andere Weise zu verbinden.</p> <p><sup>2</sup> Die Polizei kann die dafür notwendigen Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten mit den Polizeien anderer Kantone im Abrufverfahren austauschen. Die Polizeien können die Daten gegenseitig bearbeiten.</p>
	<p><b>Art. 59c</b> 4. Polizeilichen Ermittlungen und Darstellung von Lagebildern</p> <p><sup>1</sup> Die Polizei kann sich an Systemen des Bundes und der Kantone beteiligen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. zum Austausch von Personendaten über Vorermittlungen und über Ermittlungen innerhalb von Strafverfahren; oder</li><li>2. zur Darstellung von Lagebildern.</li></ol> <p><sup>2</sup> Sie kann die Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, mit anderen Polizeien des Bundes, der Kantone und der Gemeinden im Abrufverfahren austauschen.</p>
	<b>II.</b>
	<b>1.</b> Der Erlass NG <a href="#">211.2</a> (Gesetz zum Schutz der Persönlichkeit (Persönlichkeitsschutzgesetz, PSchG) vom 25. Juni 2008) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:
<p><b>Art. 1</b> Gegenstand</p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz bestimmt die zuständigen Instanzen gemäss der Art. 28ff. ZGB und regelt das anwendbare Verfahren.</p>	

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
<p><sup>2</sup> Es regelt die Massnahmen zur Verminderung von Gewalt, Drohungen und Nachstellungen sowie die Zusammenarbeit der damit befassten Stellen.</p>	<p><sup>2</sup> Es regelt die Massnahmen zur Verminderung von Gewalt, Drohungen und Nachstellungen sowie die Zusammenarbeit der damit befassten Stellen. Massnahmen nach dem Gesetz über das Polizeiwesen (Polizeigesetz, PolG)[NG 911.1] bleiben vorbehalten.</p>
	<p><b>2.</b> Der Erlass NG <a href="#">711.1</a> (Gesetz zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit (Gesundheitsgesetz, GesG) vom 30. Mai 2007) (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:</p>
<p><b>Art. 32</b> Meldepflicht, Melderecht</p> <p><sup>1</sup> Gesundheitsfachpersonen haben aussergewöhnliche Todesfälle unverzüglich der Kantonspolizei zu melden.</p> <p><sup>2</sup> Sie sind berechtigt, Wahrnehmungen, die auf ein Verbrechen gegen Leib und Leben, die sexuelle Integrität oder die öffentliche Gesundheit schliessen lassen, der Kantonspolizei zu melden.</p>	<p><sup>2</sup> Sie sind berechtigt, Wahrnehmungen, die auf eine mögliche Straftat gegen Leib und Leben, die Freiheit, die sexuelle Integrität oder die öffentliche Gesundheit schliessen lassen, der Kantonspolizei zu melden.</p>
<p><b>Art. 47</b> Berufsgeheimnis</p> <p><sup>1</sup> Gesundheitsfachpersonen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsfachpersonen sind verpflichtet, über Tatsachen zu schweigen, die ihnen in ihrer beruflichen Stellung anvertraut wurden oder von denen sie bei der Ausübung ihres Berufes Kenntnis erhielten.</p> <p><sup>2</sup> Sie sind vom Berufsgeheimnis befreit:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. bei Einwilligung der oder des Berechtigten;</li><li>2. bei schriftlicher Bewilligung der Direktion als Aufsichtsbehörde im Sinne des Schweizerischen Strafgesetzbuches[SR 311.0];</li><li>3. gegenüber den Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf Wahrnehmungen, die auf ein Delikt gegen Leib und Leben, die sexuelle Integrität oder die öffentliche Gesundheit schliessen lassen;</li></ol>	<p>3. gegenüber den Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf Wahrnehmungen, die auf ein Delikt gegen Leib und Leben, die Freiheit, die sexuelle Integrität oder die öffentliche Gesundheit schliessen lassen;</p>

Geltendes Recht	Antrag an Landrat (20. August 2024)
<p>4. im Rahmen ihrer Meldepflicht gemäss Art. 32;</p> <p>5. ...</p> <p><sup>3</sup> Sofern die Patientin oder der Patient nicht andere Anweisungen gegeben hat oder aus den Umständen nicht auf einen Geheimhaltungswillen geschlossen werden muss, wird die Einwilligung vermutet für:</p> <p>1. Auskünfte an die nächsten Angehörigen und die vertretungsberechtigten Personen gemäss Art. 378 ZGB[SR 210];</p> <p>2. medizinisch notwendige Auskünfte an Gesundheitsfachpersonen, die zuweisen, mitbehandeln, nachbehandeln oder an der Therapie beteiligt sind.</p>	
	<b>III.</b>
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	<b>IV.</b>
	<b>Referendumsvorbehalt</b> Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum. <b>Inkrafttreten</b> Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens fest.
	Stans,  LANDRAT NIDWALDEN  Landratspräsident  Landratssekretär  2020.nwjsd.4